



RESIST

Fostering Queer Feminist Intersectional Resistances against Transnational Anti-Gender Politics

RESIST Projektbericht

Wirkungen von und Widerstände gegen
,Anti-Gender'-Mobilisierungen in Europa:
Bericht zur Fallstudie Deutschland

Übersetzt aus dem Englischen



UNIVERSITÉ DE FRIBOURG
UNIVERSITÄT FREIBURG



Lucerne University of
Applied Sciences and Arts

**HOCHSCHULE
LUZERN**



**Funded by
the European Union**

**RESIST**

Fostering Queer Feminist Intersectional Resistances against Transnational Anti-Gender Politics

VERÖFFENTLICHUNGSHINWEISE

TITEL	The RESIST Project Report Effects of, and Resistances to 'Anti-Gender' Mobilisations Across Europe: A Report on Germany
AUTORIN	Stefanie Boulila
DATUM	2024
HERAUSGEGEBEN VON	RESIST Project
DOI	10.5281/zenodo.13135738
URHEBERRECHTE	 Creative Commons Attribution Share Alike 4.0 International

ZITIERWEISE	<i>Boulila, Stefanie. (2024). The RESIST Project Report Effects of, and Resistances to 'Anti-Gender' Mobilisations Across Europe: A Report on Germany. RESIST Project. https://doi.org/10.5281/zenodo.13135738</i>
--------------------	--

ART DER VERÖFFENTLICHUNG	Report
WEITERE INFORMATIONEN	Project Deliverable D2.1: Report on the effects and everyday resistances to anti-gender mobilisations. Work Package 2 – Effects of Anti-Gender: Lived Experiences and Everyday Resistances
REPOSITORIUM	https://zenodo.org/communities/resistproject/
PROJEKT-WEBSITE	https://theresistproject.eu/
FÖRDERUNG	Finanziert von der Europäischen Union unter der Projektnummer: 101060749. EU Horizon Europe (EU-Partner); Horizon Europe Guarantee Scheme der britischen Regierung (britischer Partner); Schweizer Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (Schweizer Partner).
ZUR KENNTNISNAHME	Die geäußerten Ansichten und Meinungen sind ausschließlich die der Autor*innen und spiegeln nicht unbedingt diejenigen der Europäischen Union oder der britischen und schweizerischen Förderbehörden wider. Weder die Europäische Union noch die Förderbehörden können für sie verantwortlich gemacht werden.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	3
Deutschland	3
Zusammenfassung	4
Einführung	5
Kontext	6
Ergebnisse	8
1. Widerstände gegen den Begriff ‚Gender‘ werden als Ausdruck struktureller Ungleichheit gesehen	8
2. ‚Ignoranz‘ wird als Auslöser für antifeministische und queerfeindliche Politiken gesehen	9
3. LGBTIQ+-Minderheiten sind besorgt über den Aufstieg der extremen Rechten	11
4. Trans* Menschen erfahren sowohl feindselige als auch positive Sichtbarkeit	12
5. Mehrfach marginalisierte Personen sind besonders betroffen von Antifeminismus und Queerfeindlichkeit	13
6. Die Teilnehmenden wurden in der Bewältigung antifeministischer und queerfeindlicher Angriffe oft allein gelassen	14
7. Politische Bildungsinitiativen und Projekte sind Ziel von organisierten Angriffen	16
8. Antifeministische Angriffe bedrohen die akademische Freiheit: An den Universitäten fehlen Prozesse zur Unterstützung von betroffenen Akademiker*innen	17
9. Die Teilnehmenden engagieren sich für politische Bildung, den demokratischen Dialog und positive Sichtbarkeit, um die Gesellschaft widerstandsfähiger zu machen	18
10. Zusammenarbeit, Gemeinschaft und Solidarität sind wichtig für die Resilienz	19
Fazit	20
Zusammensetzung der deutschen Stichprobe	22

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1: Zusammensetzung der deutschen Stichprobe	23
---	----

Deutschland

Stefanie Boulila (Hochschule Luzern – Soziale Arbeit)

Zusammenfassung

Trotz der jüngsten Bemühungen, Deutschlands geschlechtliche und sexuelle Gleichstellung auf gesetzlicher Ebene zu verankern, haben kürzlich mehrere Bundesländer ein Verbot der gender-inklusiven Sprache in öffentlichen Einrichtungen, einschließlich Schulen und Universitäten, eingeführt. In den Interviewdaten der Fallstudie Deutschland wurden Widerstände gegen den Begriff ‚Gender‘ daher hauptsächlich mit diesen so genannten ‚Genderverboten‘ wie zum Beispiel in Bayern und Hessen sowie mit Debatten über Geschlechtsidentitäten in Verbindung gebracht. Diese Kontroversen wurden von den Teilnehmenden als Ausdruck von Antifeminismus und Queerfeindlichkeit verstanden.

Die Teilnehmenden dieser Studie machten ihre große Besorgnis über die Wahlerfolge der extrem rechten Partei ‚Alternative für Deutschland‘ (AfD) deutlich. Sie verknüpften deren Aufstieg auch mit einem mangelnden Wissen sowie ‚Ignoranz‘. Dies identifizierten sie nicht nur als Nährboden für rechte Mobilisierungen, sondern auch für die Unsichtbarmachung geschlechtlicher Vielfalt durch Institutionen sowie für zwischenmenschliche Mikroaggressionen. Sie fürchteten sich vor drohenden Kürzungen von Fördermitteln, vor parlamentarischen Anfragen in Bezug auf Projekte der politischen Bildung sowie vor gezielten Störungen von feministischen und LGBTIQ+-Veranstaltungen. Im Kontext dieser Befürchtungen empfanden die Teilnehmenden Gefühle der Angst und der Hilflosigkeit.

Teilnehmende berichteten weiter von einer zunehmenden Sichtbarkeit von trans* Menschen in medialen Diskursen, die von Feindseligkeit geprägt sei. Sie beobachteten zudem eine Verschärfung von physischer sowie digitaler Gewalt gegen trans* Personen und deren Unterstützer*innen. Die Teilnehmenden assoziierten diese Entwicklungen mit den Debatten um das kürzlich in Deutschland verabschiedete Selbstbestimmungsgesetz (SBGG).

Verschiedene Befragte berichteten von gezielten Übergriffen im Kontext ihrer beruflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit, beispielsweise in Form von medialen Kontroversen oder Online-„Shitstorms“. Diese Übergriffe richteten sich unter anderem gegen Pädagog*innen, Forschende und Beratende in den Bereichen der Inklusion von LGBTIQ+-Personen, Antifeminismus und Schwangerschaftsabbrüchen. Die Teilnehmenden gaben an, dass sie sich mit der Bewältigung solcher Übergriffe oft allein gelassen fühlten, selbst wenn diese im beruflichen Kontext stattfanden. Mehrere Studienteilnehmende hielten fest, dass sie sich privater Ressourcen bedienen mussten, um mit den Angriffen auf ihre Person zurechtzukommen.

Zahlreiche Teilnehmende berichteten aufgrund von erlebten (oder drohenden) Angriffen über einen Rückzug aus dem öffentlichen Raum, einschließlich sozialer Medien und Veröffentlichungen. Sie wiesen darauf hin, wie wichtig sie die Erhaltung eines demokratischen Diskurses erachten, an dem sich auch Minderheiten sicher beteiligen können. Die Teilnehmenden sahen diesen als wichtiges und nachhaltiges Mittel, um die breite Gesellschaft widerstandsfähiger gegen diskriminierende Mobilisierungen zu machen. Aus den Daten wurde ersichtlich, dass sich die befragten Personen an politischer und zivilgesellschaftlicher Bildung beteiligen, um Diskriminierung zu bekämpfen und die breite Gesellschaft mit ihren Anliegen zu erreichen.

Mediale Debatten wurden von den Befragten als zentrale Schauplätze für das Schüren von trans* feindlichen Einstellungen angesehen. Einige trans* Teilnehmende berichteten hierzu, dass sie sich bewusst an öffentlichen Aktionen wie Demonstrationen oder Kundgebungen beteiligten, um eine positive Sichtbarkeit zu schaffen und somit den negativen Bildern in diesen Debatten entgegenzuwirken. Viele Teilnehmende äußerten auch, dass sie

sich zur Bekämpfung von Antifeminismus und Queerfeindlichkeit für eine institutionelle Zusammenarbeit sowie Solidarität engagierten. Sie zählten dazu auch das Teilen von Ressourcen.

Die Teilnehmenden äußerten Besorgnis in Bezug auf den Zusammenhalt feministischer und LGBTQI+-Communities. Als Bedrohungen für diesen Zusammenhalt identifizierten sie mehrfache Diskriminierung, „Ausradierung“, interne Spaltungen aufgrund politischer Einstellungen sowie einen zunehmend feindseliger werdenden Umgangston. Die meisten Befragten waren aktive Community-Mitglieder. Nebst der geäußerten Besorgnis betrachteten sie ihre Communities als entscheidend, um das feindselige politische Klima und ihre persönlichen Erfahrungen mit Antifeminismus und Queerfeindlichkeit zu bewältigen. Für die Befragten war es wichtig, sich in Räumen aufzuhalten, in denen ihre Erfahrungen und Identitäten anerkannt und nicht in Frage gestellt werden.

Stichworte: Deutschland; LGBT; Antifeminismus; Demokratie; Feminismus

Einführung

Dieser Fallstudienbericht veranschaulicht die Erfahrungen von Personen in Deutschland, die von Antifeminismus und Queerfeindlichkeit betroffen sind. Der Bericht stellt dar, wie 24 Forschungsteilnehmende diesen Phänomenen in ihrem Alltag begegnen und welche Auswirkungen sie auf ihr Wohlbefinden, ihre Arbeit und ihre Communities haben. Er bildet zudem ab, welche individuellen und kollektiven Strategien der Bewältigung und des Widerstands die Betroffenen gegen sogenannte ‚Anti-Gender‘-Politiken anwenden. Der Bericht basiert auf qualitativen Interviewdaten aus fünf Fokusgruppen und 12 Einzelinterviews mit Aktivist*innen, aktiven Personen aus der Community, Akademiker*innen, Fachleuten aus den Bereichen Gesundheitswesen, Bildung, Gleichstellung und Vielfalt sowie mit Personen der breiten Öffentlichkeit. Die Befragten stammen aus ganz Deutschland und nahmen teil, da sie persönlich Formen von Antifeminismus oder Queerfeindlichkeit erlebt haben und uns so von ihren individuellen Erfahrungen berichten konnten. Die Stichprobe wurde durch gezielte E-Mails an zivilgesellschaftliche Organisationen, feministische und LGBTQI+-Gruppierungen sowie Einzelpersonen mit einer Plattform rekrutiert.

Nach einer Einführung in den nationalen Kontext werden in diesem Bericht die wichtigsten Ergebnisse aus den Fokusgruppen und Einzelinterviews hervorgehoben und erläutert.

Kontext

Seit der Wiedervereinigung Deutschlands werden die geschlechtliche und sexuelle Gleichstellung zunehmend als Pfeiler einer nationalen Deutschen Identität betrachtet. Während sich diese Gleichstellung zwar innerhalb einer Liberalisierung verorten lässt, die in ganz Westeuropa zu beobachten ist, gibt es bestimmte historische und soziale Prozesse, die im Kontext dieser Fallstudie erwähnenswert sind. Erstens stellte die deutsche Wiedervereinigung die traditionellen Geschlechterrollen in Frage, die bis dahin in Westdeutschland vorherrschend gewesen waren.¹ Dort war das weniger egalitäre Alleinernährer-Modell verbreitet, während es in Ostdeutschland eher üblich war, dass Mütter berufstätig sind. Zweitens etablierte sich die zunehmende Betonung geschlechtlicher und sexueller Gleichberechtigung als „deutsche Werte“ auch als Folge von Rassismus. Spezifische Formen des Rassismus stellen seit den 1990er Jahren insbesondere Migrant*innen aus muslimischen Ländern und ethnische Minderheiten, die den Islam praktizieren, als konservativ, patriarchalisch und homophob dar.² Diese rassistischen Abgrenzungen führten auch dazu, dass die deutsche Kultur vermehrt als gleichberechtigt, liberal und fortschrittlich in Bezug auf Geschlechterrollen und Sexualität wahrgenommen wurde (ebd.).

Deutschland hat eine lange Tradition von feministischen und LGBTQI+-Bewegungen. Feministische und LGBTQI+-Rechte wurden von der deutschen Zivilgesellschaft nach der Wiedervereinigung mühsam erkämpft. In den 2010er Jahren kam es in Deutschland zu einer zunehmenden Mobilisierung gegen Alltagssexismus im Internet (#Aufschrei), gegen sexuelle Belästigung (#metoo) und für Intersektionalität (#ausnahmslos). Ein zentrales Anliegen der feministischen Bewegung in Deutschland bleibt jedoch die Regelung von Schwangerschaftsabbrüchen im Strafgesetzbuch (§ 218). Diese besagt, dass Abbrüche innerhalb der ersten 12 Wochen, jedoch nur nach einer erfolgten ‚Schwangerschaftskonfliktberatung‘ vorgenommen werden können. Diese einmalige Beratung ist in der Regel verpflichtend, unabhängig davon,

¹ Böttcher, S. (2020) *Nachholende Modernisierung im Westen: Der Wandel der Geschlechterrolle und des Familienbildes*, Bundeszentrale für politische Bildung BPB, 15. Oktober. Verfügbar via: <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/316321/nachholende-modernisierung-im-westen-der-wandel-der-geschlechterrolle-und-des-familienbildes/> (letzter Zugriff: 1. Juli 2024).

² Dietze, G., Brunner, C. und Wenzel, E. (2009) *Kritik des Okzidentalismus: Transdisziplinäre Beiträge zu (Neo-)Orientalismus und Geschlecht*, Bielefeld: transcript Verlag.

ob die Person bereits eine Entscheidung getroffen hat.³ Außerdem durften Ärzt*innen bis 2022 nicht öffentlich über Schwangerschaftsabbrüche informieren, auch nicht auf ihrer Website.⁴ 2024 empfahl eine von der Regierung eingesetzte Expert*innenkommission die Entkriminalisierung von Abtreibungen mit Verweis auf das Verfassungs- und Völkerrecht.⁵

Die LGBTQ+-Bewegungen haben kontinuierlich für die Anerkennung von und den Zugang zu ihren Rechten gekämpft. Im Jahr 2024, während der Datenerhebung für diesen Bericht, verabschiedete die Regierung das Selbstbestimmungsgesetz (SBGG). Dieses Gesetz erleichtert es trans*, inter* und nicht-binären Menschen, ihren rechtlichen Namen und ihr eingetragenes Geschlecht durch eine Erklärung beim zuständigen Einwohnermeldeamt zu ändern. Im Jahr 2018 wurde das Personenstandsgesetz geändert, um ein rechtliches drittes Geschlecht, die sogenannte dritte Option ‚divers‘, einzuführen. 2017 wurde die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet, wobei das Abstammungsrecht nicht angepasst wurde, sodass verheiratete Paare weiterhin das leibliche Kind der gebärenden Person adoptieren müssen. 2017 nahm Deutschland außerdem die Feindlichkeit gegen Schwule, Lesben, Bisexuelle und trans* Personen in seinen nationalen Aktionsplan gegen Rassismus auf. Ziel dieses Aktionsplans war der Schutz der Minderheiten vor Diskriminierung.⁶ Ein wichtiges Instrument für dessen Umsetzung sind Initiativen der politischen Bildung. Seit 2022 erarbeitet die Bundesregierung zudem gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen einen nationalen LGBTQ+-Aktionsplan (Aktionsplan ‚Queer leben‘), der Ende 2024 dem Parlament vorgelegt werden soll.⁷ Auf Ebene der Bundesländer bestehen schon zahlreiche Aktionspläne gegen Queerfeindlichkeit.⁸

Seit Mitte der 2010er Jahre ist in Deutschland jedoch eine zunehmende öffentliche Unterstützung für die rechtsextreme Partei ‚Alternative für Deutschland‘ (AfD) zu beobachten. Die Partei wird dafür kritisiert, anti-demokratische Positionen und ethnischen Nationalismus zu vertreten.⁹ Ihr Erfolg wird darauf zurückgeführt, dass sie Wähler*innen aus der Mittelschicht mobilisiert, die früher traditionell Mitte-links- bis

³ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024) *Schwangerschaftsabbruch nach § 218 Strafgesetzbuch*. Verfügbar via: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/familie/schwangerschaft-und-kinderwunsch/schwangerschaftsabbruch/schwangerschaftsabbruch-nach-218-strafgesetzbuch-81020#:~:text=Straflos%20bleibt%20der%20Schwangerschaftsabbruch%20auch,k%C3%B6rperlichen%20oder%20seelischen%20Gesundheitszustandes%20besteht> (Letzter Zugriff: 1. Juli 2024).

⁴ Schulze A. (2022) *Aufhebung des §219a*, Bundeszentrale für politische Bildung BPB, 28 Juli. Verfügbar via: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/511299/aufhebung-des-ss219a/> (Letzter Zugriff: 1. Juli 2024).

⁵ Deutschlandfunk (2024) *Paragraf 218 StGB – Kommission empfiehlt, Abtreibungen zu entkriminalisieren*. Verfügbar via: <https://www.deutschlandfunk.de/abtreibung-schwangerschaftsabbruch-paragraph-218-100.html#:~:text=Paragraf%20218%20StGB,Fr%C3%BChphase%20der%20Schwangerschaft%20zu%20legalisieren> (Letzter Zugriff: 1. Juli 2024).

⁶ Zech, T. (2021) *Gegen das Gift*, deutschland.de, 23. November. Verfügbar via: <https://www.deutschland.de/de/topic/leben/initiativen-gegen-rassismus-in-deutschland> (Letzter Zugriff: 1. Juli 2024).

⁷ Regenbogenportal.de (2023) *Gemeinsam für ein queerfreundliches Deutschland: Aktionsplan „Queer leben“*, 2. August. Verfügbar via: [https://www.regenbogenportal.de/aktuelles/uebersicht/details/gemeinsam-fuer-ein-queerfreundliches-deutschland-aktionsplan-queer-leben#:~:text=Am%2018.,Menschen%20\(LSBTIQ*\)%20weiter%20voranzubringen](https://www.regenbogenportal.de/aktuelles/uebersicht/details/gemeinsam-fuer-ein-queerfreundliches-deutschland-aktionsplan-queer-leben#:~:text=Am%2018.,Menschen%20(LSBTIQ*)%20weiter%20voranzubringen) (Letzter Zugriff: 1. Juli 2024).

⁸ Lesben- und Schwulenverband LSVD (n.d.) *Welche Bundesländer haben Aktionspläne gegen LSBTIQ*-Feindlichkeit?* Verfügbar via: <https://www.lsvd.de/de/ct/424-Welche-Bundeslaender-haben-Aktionsplaene-gegen-LSBTIQ-Feindlichkeit> (Letzter Zugriff: 1. Juli 2024).

⁹ Pfahl-Traugbber, A. (2019) *Rechtsextremismus in Deutschland: Eine kritische Bestandsaufnahme*, Springer Fachmedien Wiesbaden, <https://doi.org/10.1007/978-3-658-24276-3>.

Mitte-rechts-Parteien unterstützt haben.¹⁰ Die AfD hat wiederholt Kampagnen gegen die Rechte von LGBTIQ+-Personen geführt¹¹ und dabei auch das Narrativ der mutmaßlichen Homophobie von Migrant*innen genutzt. LGBTIQ+-Organisationen warnen vor einer Zunahme von queerfeindlicher Rhetorik in der öffentlichen Debatte und vor einem Anstieg von Hassverbrechen in ganz Deutschland.¹² Besonders im Zusammenhang mit der Debatte um das Selbstbestimmungsgesetz (SBGG) sind trans* Personen vermehrt Ziel feindlicher Diskussionen geworden, die nicht nur von der extremen Rechten, sondern auch von einigen Feminist/innen ausgehen.¹³

Vor Kurzem haben mehrere Bundesländer sogenannte ‚Genderverbote‘ erlassen, die die Verwendung gender-inklusive Sprache in öffentlichen Institutionen wie Schulen und Universitäten verbieten. Die Regierungen haben die Verwendung von Symbolen wie das ‚Gendersternchen‘ (Asterisk) oder den Unterstrich untersagt. Dies geschieht zu einer Zeit, in der öffentliche Institutionen immer häufiger typografische Lösungen, insbesondere den Asterisk, für inklusive Sprache einsetzen.

Ergebnisse

1. Widerstände gegen den Begriff ‚Gender‘ werden als Ausdruck struktureller Ungleichheit gesehen

Die sogenannten ‚Genderverbote‘ wie in Bayern und Hessen wurden von den Teilnehmenden als Beweis dafür gesehen, dass Antifeminismus und Queerfeindlichkeit in Deutschland fortbestehen.

Mehrere Bundesländer wie zum Beispiel Bayern und Hessen haben die Verwendung von gender-inklusive Sprache in öffentlichen Einrichtungen, einschließlich Schulen und Universitäten, verboten. Die Befragten verstanden dieses politische Vorgehen gegen den Begriff ‚Gender‘ sowie gegen dessen konzeptionelle Implikationen nicht nur als symbolische Politiken und Bedeutungskämpfe, sondern auch als Leugnung von trans* Identitäten. Insbesondere betrachteten sie die Ablehnung des Begriffs ‚Gender‘ im Deutschen als Ausdruck und Schauplatz von Antifeminismus und einer queerfeindlichen Haltung. Die Befragten beschrieben Antifeminismus und Feindseligkeit gegenüber LGBTIQ+-Menschen als strukturelle Phänomene, die sowohl auf gesellschaftlicher als auch auf staatlicher Ebene existieren, zum Beispiel durch die Regelung des Schwangerschaftsabbruchs im Strafrecht. Organisierte Angriffe und die gezielte Ausradierung in öffentlichen Debatten und in Institutionen wurden als Ausdruck dieser strukturellen Ungleichheiten verstanden.

¹⁰ Pickel, S. (2019) *Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt?* In Korte, K.-R. & Schoofs, J. (Hrsg.) *Die Bundestagswahl 2017: Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*. Springer Fachmedien: Wiesbaden, https://doi.org/10.1007/978-3-658-25050-8_7, S. 145–175.

¹¹ Lesben- und Schwulenverband LSVD (o.J.) *Die Homophobie der AfD – eine unberechenbare Alternative*. Verfügbar via: <https://www.lsvd.de/de/ct/426-Die-Homophobie-der-AfD-eine-unberechenbare-Alternative> (Letzter Zugriff: 1. Juli 2024).

¹² Bundesverband Trans* (2023) *IDAHOBITA: Langsamer Fortschritt angesichts zunehmender Gewalt und Anfeindung*, 16. Mai. Verfügbar via: <https://www.bundesverband-trans.de/idahobita-langsamer-fortschritt/> (Letzter Zugriff: 1. Juli 2024).

Lesben- und Schwulenverband LSVD (o.J.) *Trans*: Hype der Gender-Ideologie und Gefahr für Kinder und Jugendliche?* Verfügbar via: <https://www.lsvd.de/de/ct/6456-Trans-Hype-der-Gender-Ideologie-und-Gefahr-fuer-Kinder-und-Jugendliche> (Letzter Zugriff: 1. Juli 2024).

¹³ Bundesverband Trans* (2023) *Was sind TERFs? Oder: Warum manche Strömungen des Feminismus nicht für alle Frauen kämpfen*. Verfügbar via: https://www.bundesverband-trans.de/wp-content/uploads/2024/04/Broschuere_TERFs_2024_web.pdf (Letzter Zugriff: 1. Juli 2024).

Solche politisch organisierten Versuche, die erkämpfte Gleichstellung und Sichtbarkeit „rückgängig“ zu machen, sowie Drohungen und physische Angriffe gegen Einzelpersonen und Organisationen wurden als Ausdruck von strukturellem Antifeminismus und Queerfeindlichkeit beschrieben. Zu diesen Angriffen zählten die Teilnehmenden die Erzeugung von Medienkontroversen und Online-„Shitstorms“ sowie physische Proteste und gezielte Aktionen gegen Organisationen. Als Beispiele nannten sie Proteste vor Einrichtungen, die die staatlich vorgeschriebene ‚Schwangerschaftskonfliktberatung‘ anbieten, oder parlamentarische Anfragen gegen Projekte zur politischen Bildung.

Wenn die Befragten wiederum darüber sprachen, wie sie Antifeminismus und Queerfeindlichkeit persönlich in ihrem Alltag erleben, nannten sie **systemische und institutionelle Ausradierung und Unsichtbarmachung als zentrale Probleme**, wie die folgenden Beispiele zeigen werden. Dazu gehört etwa, in öffentlichen Debatten unsichtbar zu sein, wie Stefan, eine teilnehmende Person, berichtete: „[I]ch bin diversen Personenstand, (...) und das kommt eben in der Öffentlichkeit nicht vor. Das heißt, alles wird oder vieles wird binär gesprochen, und das ist doch für mich manchmal ein bisschen doof.“ Die Teilnehmenden wiesen auch auf das Versagen öffentlicher Institutionen und Gesundheitsdienstleister hin, trans* Personen oder Menschen mit dem rechtlichen Geschlecht ‚divers‘ anzuerkennen. Dies illustriert das folgende Erlebnis der trans* Frau Emili:

Ja, bei mir in der Krankenkasse wurde jetzt auch mein Geschlechtseintrag in weiblich geändert. Ich habe letztens einen Brief zur Vorsorge bei Gebärmutterhalskrebs bekommen, (...) und was ist aber jetzt bei Prävention mit Hodenkrebs oder so was? Bekomme ich dann da auch irgendwann eine Mail? Wahrscheinlich nicht, weil ich bin jetzt eben als weiblich eingetragen, so, bestimmte Körper sind einfach im Gesundheitssystem nicht vorgesehen und das zeigt sich auf ganz vielen Ebenen.

Darüber hinaus betonten die Teilnehmenden, dass sie auch **durch alltägliche Mikroaggressionen Formen von Antifeminismus und Queerfeindlichkeit erlebten**. Diese wurden als zwischenmenschliche Situationen beschrieben, in denen bestimmte politische Ideen reproduziert werden, wie etwa die Ablehnung des Begriffs ‚Gender‘, einer gender-inklusiven Sprache sowie bestimmter Pronomen und Geschlechtsidentitäten, aber auch die Haltung, dass die Gleichstellung der Geschlechter „zu weit gegangen sei“. Die Teilnehmerin GERINT07, die einen FLINTA-Raum (Frauen, Lesben, inter*, nicht-binäre, trans* und agender Personen) organisiert, beschrieb, wie ihre Arbeit ständig von cis Männern belächelt wird. Immer wieder die gleichen Kommentare zu hören, sei für die Befragte ermüdend. Sie hielt fest, dass die meisten Männer, die Kommentare abgaben, diese als Witze darstellten bzw. verstanden. Und obwohl die Befragte diese nicht per se als feindselige Angriffe versteht, finde sie, dass die Kommentare die Erfahrungen von Frauen und geschlechtlichen Minderheiten mit alltäglicher Diskriminierung ins Lächerliche zögen.

Die Daten der Fallstudie Deutschland zeigen auf, dass die Teilnehmenden dieser Stichprobe neben den gut dokumentierten, politisch organisierten Ausdrucksformen von Antifeminismus und Queerfeindlichkeit auch eine Ausradierung, Unsichtbarmachung und Delegitimierung im Zusammenhang mit ihren Identitäten erleben. Diese Erfahrungen führen dazu, dass sie häufig um Anerkennung kämpfen müssen, oft im Kontakt mit öffentlichen Institutionen. Darüber hinaus erleben sie wiederholt zwischenmenschliche Situationen, in denen politische Diskurse und Widerstände gegen den Begriff ‚Gender‘ dafür benutzt werden, um ihre Identitäten und Bedürfnisse zu verkennen oder zu verspotten.

2. ‚Ignoranz‘ wird als Auslöser für antifeministische und queerfeindliche Politiken gesehen

Die Teilnehmenden sehen einen Unterschied zwischen ideologisch-motivierten, intendierten Anfeindungen im Zusammenhang mit Antifeminismus sowie queerfeindlichen Politiken und dem, was sie als „Ignoranz“ und mangelndes Wissen in der allgemeinen Bevölkerung bezeichneten.

Die Teilnehmenden identifizierten „Ignoranz“, mangelndes Wissen und fehlende Sensibilität in der Gesellschaft als Nährboden für antifeministische und queerfeindliche Mobilisierungen. **Sie beobachteten, dass viele Menschen reißerische Medienberichte unkritisch wiederholen.** Patricia und Sandra, die zusammen eine Selbsthilfeorganisation für trans* Personen und deren Umfeld leiten, beobachteten beispielsweise, wie Familienmitglieder teilweise problematische Erzählungen aus den Medien wiedergeben. Dazu gehört etwa die Vorstellung, dass ihre trans* Kinder nur das Verhalten ihrer Freund*innen nachahmten, oder die Idee, dass trans* Identitäten eine ansteckende Krankheit unter Jugendlichen seien. Die beiden Teilnehmerinnen sind der Meinung, dass vielen Menschen das relevante Wissen fehle, um kritisch zu beurteilen, was sie aus den Medien aufnehmen. Sie halten Aufklärung über trans* Themen für sehr wichtig, bemerken jedoch auch, dass es in den Medien prominente, ideologisch motivierte Anti-Trans*-Aktivist/innen gibt, die gut ausgebildet sind (zum Beispiel Psycholog/innen oder Anwalt/innen). Sie glauben, dass Menschen, denen das relevante Wissen fehlt, leicht beeinflusst werden können, wenn sie mit solchen Anti-Trans*-Aktivist/innen konfrontiert werden, die medizinische oder rechtliche Expertise vorgeben.

Einige Befragten merkten zudem an, dass die rechtlichen Fortschritte der letzten Jahre und die **zunehmende Sichtbarkeit von Feminismus sowie LGBTIQ+-Themen dazu geführt haben könnten, dass sich die allgemeine Gesellschaft diesem Geschehen, das sie als „schnellen Wandel“ empfindet, entfremdet fühlt.** Dies wiederum könnte die Vorstellung befeuern, dass die Gleichstellung der Geschlechter „zu weit geht“. Rena, eine Diversity-Fachkraft an einer deutschen Hochschule, beschreibt folgenden Widerspruch, den sie in ihrer Rolle erlebt:

(E)inerseits gibt es eine starke Sensibilisierung, da sehen wir auch bei unseren Studierenden, dass die einfach mit einer Selbstverständlichkeit auch genau wissen, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt, dass die das auch benennen können, dass sie auch anders über Sexismus nachdenken, wodurch auch tatsächlich, glaube ich, einerseits dieser Druck entsteht: „Ja, wir sind ja schon wahnsinnig weit“ und so weiter. Und andererseits gibt es, glaube ich, da tatsächlich so ein Gefühl von Leuten, dass sie da nicht mitkommen oder dass es jetzt auch übertrieben ist und zu viel verlangt.

Die Teilnehmenden waren der Meinung, dass **die allgemeine Öffentlichkeit anfälliger für rechte und konservative Mobilisierungen sei, wenn es ihr an Wissen über queere Themen mangelt und sie nicht in der Lage ist, diskriminierende Ideen in öffentlichen Debatten kritisch zu bewerten.** Dazu zählten sie auch das Unvermögen, die Ablehnung gegen gender-inklusive Sprache und antifeministische Aussagen als eine Haltung zu erkennen, die sich klar gegen geschlechtsspezifische Minderheiten richtet. Dazu bemerkte Pepe: „[I]ch [würde] einfach von Ignoranz reden, weil ich das Gefühl habe, viele Reaktionen gegen Gender-Identitäten oder Gender-Vielfalt kommen von Ignoranz. Ja, das verbinde ich damit.“

Einerseits bezeichneten die Befragten „Ignoranz“ als Ausdruck des „Privilegs“, sich nicht um die Anerkennung der eigenen Geschlechtsidentität oder um Feindseligkeit und Gewalt im Alltag sorgen zu müssen. Andererseits beschrieben die Teilnehmenden die breite Gesellschaft als verunsichert in Bezug auf geschlechtliche und sexuelle Vielfalt. Die Gesellschaft lehne diese Vielfalt laut den Teilnehmenden zwar nicht ab, sie wisse aber auch nicht, wie diese zu verstehen ist, wie sie darüber sprechen und wie sie sich gegenüber Minderheiten verhalten soll. Diese Unsicherheit sehen die Teilnehmenden als Ausgangspunkt für eine offene Ablehnung von oder Angst vor bestimmten Begriffen in Bezug auf geschlechtliche und sexuelle Vielfalt. Eine Befragte, die eine Party für Frauen, Lesben, inter*, trans* und agender Personen organisiert, hielt fest, dass die inklusive Sprache, die in (bildungsbürgerlichen) queerfeministischen Kreisen verwendet wird, oft nicht verstanden wird. Dies betrifft besonders Menschen, die die politischen Debatten nicht verfolgen, was die Informantin auch mit der sozialen Schicht sowie mit dem Bildungsstand in Verbindung brachte. Diese Diskrepanz kann dazu führen, dass Begriffe, die mit Queerfeminismus assoziiert werden, abgelehnt werden, was die Befragte mit der folgenden Aussage widerspiegelt:

GERINT07: (M)eine Mutter hat mir erzählt, dass eine Freundin von ihr das total cool fand, das ganze Konzept, und da folgte sie uns auch auf Instagram und hat dann nur irgendwie zu meiner Mutter gesagt: „Ja, das ist mir irgendwie zu viel FLINTA*“ und so weiter. Und ich war so, hä, was meint sie denn damit, und ja, irgendwie zu viel Rumgerede über politische Sachen, über kleine Einzelheiten und Details und ich glaube, dass relativ viele das so wahrnehmen würden, die eben nicht gut sich damit auseinandergesetzt haben.

Die Teilnehmenden äußerten Verständnis für die allgemeine Gesellschaft und glauben, dass man daran arbeiten kann, gender-inklusive Sprache für Menschen verständlicher zu machen, die sich nicht täglich mit geschlechtlicher Vielfalt beschäftigen.

3. LGBTIQ+-Minderheiten sind besorgt über den Aufstieg der extremen Rechten

Die LGBTIQ+-Teilnehmenden waren besorgt darüber, wie sie sich auf die zunehmende Feindseligkeit und einen möglichen Abbau ihrer Rechte im Zusammenhang mit dem Aufstieg der extremen Rechten vorbereiten können.

Mehrere Befragte äußerten sich besorgt über die extrem rechte Partei ‚Alternative für Deutschland‘ (AfD), die sie als antidemokratisch bezeichneten. Die Teilnehmenden fühlten sich u. a. verunsichert wegen eines geheimen Treffens zwischen Mitgliedern der AfD, der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und Rechtsextremisten, das von investigativen Journalist*innen aufgedeckt worden war. **Die Sorgen der Teilnehmenden über mögliche Wahlgewinne der AfD sowie der rechten Politik, insbesondere auf nationaler Ebene sowie auf Ebene der Bundesländer, beinhalteten die Angst vor einem Rückschritt in Bezug auf ihre Rechte.** Der Anstieg rechter Politik wird von den Teilnehmenden auf widersprüchliche Weise erlebt. Eine teilnehmende Person aus Bayern merkte an, dass die bayerische Regierung vor Kurzem zum ersten Mal Fördermittel für queere Projekte bewilligt habe, während sie gleichzeitig eine offene Anti-Queer-Agenda verfolge, indem sie Kontroversen über gender-inklusive Sprache schürte und diese letztlich verbot. GERFG3.3 sagte dazu: „(E)s hat diese krasse Ambivalenz, diese gefährliche Gleichzeitigkeit, diese Instrumentalisierung von Themen.“

Die Teilnehmenden nannten die sogenannten ‚Genderverbote‘ in Bayern und Hessen als Beweis für eine wachsende LGBTIQ+-Feindlichkeit. Einige merkten auch an, dass diese „Symbolpolitik“ Auswirkungen auf sie habe. Eine teilnehmende Person äußerte, dass sie das bayerische Genderverbot als Auslöschung ihrer Person bzw. Identität erlebe. Mehrere Teilnehmende bemerkten zudem, dass Lehrpersonen sich dadurch zunehmend ermutigt fühlten, ihre Haltung gegen eine gender-inklusive Sprache zu äußern.

Darüber hinaus **stellten die Teilnehmenden fest, dass in der Öffentlichkeit zunehmend eine antifeministische, trans* feindliche und rassistische Stimmung zu spüren sei.** In bestimmten Medien werden Narrative, die der extremen Rechten zugeschrieben werden, unreflektiert und selbstverständlich reproduziert. Die trans* Teilnehmenden merkten zudem an, dass die jüngste Debatte über das Selbstbestimmungsgesetz (SBGG) eine feindselige Sichtbarkeit für trans* Menschen geschaffen habe. Dies zeige sich auch in den sozialen Medien, wo sie häufiger feindselige Kommentare wahrnehmen. Die Sichtbarkeit von trans* Personen wurde von den Teilnehmenden dennoch als etwas Ambivalentes wahrgenommen: einerseits als etwas Neues, das Möglichkeiten eröffnet und von der Unsichtbarmachung und Ausradierung wegführt, gleichzeitig aber auch als ein Risiko, das trans* Menschen zu „Zielscheiben“ macht. Mehrfach marginalisierte Teilnehmende betonten, dass sie zudem eine zunehmende Feindseligkeit gegenüber der Inklusion von Menschen mit Behinderungen und gegenüber Antirassismus erleben. Die Teilnehmenden betonten, dass die politische Situation in Deutschland dazu führe, dass sie sich hilflos und gestresst fühlen, was sich bei einigen von ihnen merklich auf ihre mentale Gesundheit niederschlage. Sie stellten fest, dass in feministischen und LGBTIQ+ Communities ein allgemeines Gefühl der Angst zugenommen habe.

Weiter berichteten die Teilnehmenden, dass in queeren Communities vermehrt darüber gesprochen werde, Deutschland verlassen zu müssen. Dies zeigt für die Teilnehmenden, wie verzweifelt geschlechtliche und sexuelle Minderheiten in Bezug auf eine mögliche AfD-Regierung sind. Trans* und mehrfach marginalisierte Teilnehmende zogen es selbst in Betracht, das Land in absehbarer Zeit verlassen zu müssen. Momo sagte zum Beispiel: „[I]ch habe einen Reisepass zusammen mit meiner Partnerin beantragt, weil wir überlegt haben, dass wir den vielleicht irgendwann brauchen (...)“. Über eine mögliche Migration nachzudenken und entsprechende Vorbereitungen zu treffen, wurde als eine der wenigen Handlungsmöglichkeiten in der aktuellen Lage angesehen:

SJB: Es schmerzt mich immer unheimlich, wenn ich das höre mit dem Reisepass, weil ich es so oft höre. Also, dass immer häufiger sich drüber unterhalten wird, wie schnell Eigentum und Besitz flüssig gemacht werden kann. Und ja, da würde ich auf jeden Fall zustimmen, dass die Strategien jetzt eigentlich nicht abwarten sind, sondern vorbereiten, was passiert. Das ist das Aktivistische.

Eine tiefe Besorgnis und Angst im Hinblick auf die möglichen Wahlerfolge der AfD sowie die damit einhergehende feindselige Politik gegenüber LGBTIQ+-Minderheiten zieht sich durch die Daten. Die Befragten äußerten Gefühle von Angst und Hilflosigkeit, die in einigen Fällen Einfluss auf ihre mentale Gesundheit nahmen.

4. Trans* Menschen erfahren sowohl feindselige als auch positive Sichtbarkeit

Die Teilnehmenden berichteten von einem Anstieg sowohl der Sichtbarkeit als auch der Feindseligkeit gegenüber trans Personen aus dem gesamten politischen Spektrum.*

Die jüngste Debatte um das Selbstbestimmungsgesetz (SBGG) wurde als Auslöser für positive Sichtbarkeit von sowie Feindseligkeit gegen trans* Personen betrachtet. **Die Sichtbarkeit von trans* Personen wurde von den Teilnehmenden ambivalent erlebt.** Einerseits wurde sie als noch nie dagewesen und aussichtsreich charakterisiert, andererseits wurde sie mit der Angst verbunden, zur Zielscheibe zu werden, wie GERFG1.2 erklärte:

Also ich kenne diese Angst auch, aber ich glaube auch, dass viel davon einfach damit zusammenhängt, dass es eine viel größere Sichtbarkeit gibt, als es je vorher gab, und dass es auch durchaus was Positives haben kann, also dass es natürlich dahingehend Angst macht und schwer ist, weil man gerade so sichtbar ist im Moment, aber eben auch dadurch neue Möglichkeiten da sind, die halt vorher auch nie da waren.

Cornelia, eine trans* Aktivistin und Person des öffentlichen Lebens, erzählte, dass im vergangenen Jahr auf sie geschossen wurde und dass es weitere Angriffe auf ihr Zuhause gab. Im Gespräch merkte sie an, dass „(...) die Gewalt, gerade auch für sichtbare Personen, (...) hochkomplex und extrem vielfältig“ sei.

Andere Befragte brachten zum Ausdruck, dass **die trans* Feindlichkeit über ein Links-Rechts-Schema hinausgeht.** Die Teilnehmenden verwiesen auf sogenannte ‚trans*-exkludierende radikale Feminist/innen‘ (TERFs), die aus der „linken Ecke“ stammen. Während einige direkte Erfahrungen mit solchen Feminist/innen machten, stießen andere indirekt über soziale Netzwerke und sonstige Medien auf deren Argumente oder verwiesen auf lokale feministische und lesbische Strukturen, die sich gegen trans* Menschen äußerten. Patricia ist trans* und leitet zusammen mit ihrer Partnerin eine Selbsthilfeorganisation für trans* Personen und deren Familien. Sie wurde auf einer Social-Media-Plattform, auf der sie selbst nicht aktiv ist, von TERFs angegriffen. Screenshots dieses Angriffs wurden ihr von einer Freundin zugestellt. Die Angriffe waren persönlich und sie wurde beschuldigt, geschlechtsangleichende Operationen an Kinder zu „verkaufen“. Während der gesamten Diskussion wurde sie misgendert. Sie war alarmiert über die „Persönlichkeit“ des Disput, da ihre persönlichen Daten, einschließlich ihrer Adresse, als Vorsitzende ihrer Organisation leicht

herauszufinden seien. SJB, eine lesbische Teilnehmerin, erzählte von einer von ihr mitorganisierten trans*-inklusive Veranstaltung für Lesben, die gestört wurde:

Im zweiten Jahr haben sich eine Gruppe TERFs angemeldet und gezielt abgesprochen mit einem Skript, mit einem Drehbuch, die gesamte Veranstaltung gesprengt. Massiv gescrriptet, wirklich gescrriptet, die anwesende trans* Person und nicht-binäre Person angegriffen. Leute gegeneinander ausgespielt.

Sowohl trans* als auch inter* Teilnehmende merkten an, dass die offene Ablehnung ihrer Selbstbestimmung nicht nur von der extremen Rechten und den Anti-Trans*-Bewegungen kam, sondern auch von institutionellen Akteur/innen. Die teilnehmende Person GERINT12 erzählte von mehreren Fällen, in denen sich öffentliche Einrichtungen weigerten, ihr rechtliches Geschlecht, die dritte Option ‚divers‘, anzuerkennen. So wurde GERINT12 beispielsweise ein Abschlusszeugnis verweigert, in dem das rechtliche Geschlecht korrekt angegeben war. GERINT12 war an deren ehemaliger Universität Teil einer trans*/inter*/nicht-binären Studierendengruppe und berichtete, dass sich der Präsident der Universität aktiv gegen die Anerkennung der dritten Option wehrte. Erst als GERINT12 sich bei dem für die Universität zuständigen Ministerium beschwerte, wurde ein korrektes Zeugnis ausgestellt. GERINT12 hat zudem während einer arbeitslosen Phase ähnliche Erfahrungen mit einem Jobcenter gemacht. Obwohl GERINT12 einen Nachweis über die rechtliche Anerkennung des Geschlechts vorlegen konnte, wurde GERINT12 vom Personal immer wieder misgelandet und mit dem Namen angesprochen, den GERINT12 nicht mehr benutzt. GERINT12 hatte zu viel Angst, sich zu beschweren, da das Wohlwollen des Jobcenters in dieser Situation unverzichtbar war.

Ein weiteres Thema, das im Zusammenhang mit der Sichtbarkeit in den Medien auftauchte, war die Frage, wie die trans* Community dargestellt werden soll. Dieses Thema offenbarte **Spannungen innerhalb der heterogenen trans* Bewegung**. Einige Teilnehmende waren der Meinung, dass ein Fokus auf kritische oder aktivistische Perspektiven die allgemeine Gesellschaft entfremde und zu einer „Polarisierung“ führe. Sie waren zudem der Meinung, dass die Mehrheit der trans* Personen, die einfach „normal“ sein wollen, in der öffentlichen Debatte unterrepräsentiert sei. Diese könnten laut den Teilnehmenden positive Vorbilder sein, mit denen sich die breite Gesellschaft besser identifizieren kann.

5. Mehrfach marginalisierte Personen sind besonders betroffen von Antifeminismus und Queerfeindlichkeit

Die Auswirkungen von und die Angst vor Antifeminismus und Queerfeindlichkeit waren bei den mehrfach marginalisierten Befragten besonders ausgeprägt.

Teilnehmende, die Rassismus erlebt haben, behindert sind oder sich als trans*, inter* oder lesbisch identifizieren, waren besonders anfällig für Antifeminismus und Queerfeindlichkeit. Körperliche Angriffe und die Angst vor Übergriffen schränkten die Mobilität von Teilnehmenden mit Behinderungen ein. Josephine, eine behinderte und in einer ländlichen Region lebende trans* Aktivistin, schilderte, dass sie sich in der Öffentlichkeit allein nicht sicher fühle:

Die öffentlichen Verkehrsmittel meide ich komplett, also ich bewege mich tatsächlich nur und ausschließlich mit meinem Fahrzeug fort, mit meinem Auto. Ich habe für öffentliche Auftritte bzw. für solche Treffen eigentlich immer einen Assistenten an meiner Seite, weil ich ohne diesen das gar nicht auf die Reihe kriegen könnte.

Viele **Teilnehmende, die in mehrfacher Weise diskriminiert werden, berichteten, dass sie sich oft in sicherere und kleinere Communities zurückzögen, wo sie Unterstützung und Verständnis suchen**. Die Teilnehmenden sprachen offen über Rassismus und trans* Feindlichkeit in verschiedenen feministischen

und LGBTIQ+-Räumen. Sie merkten an, dass es schwierig sei, diese Themen mit Einzelpersonen oder in den genannten Räumen anzusprechen, da sie befürchteten, als die Community spaltend wahrgenommen zu werden.

Auf politischer und institutioneller Ebene stellten die Teilnehmenden fest, dass Konflikte rund um das Thema ‚Gender‘ nicht nur das Rechts-Links-Spektrum überschreiten, sondern auch in feministischen und LGBTIQ+-Bewegungen und Gemeinschaften sichtbar werden. GERINT01 sagte dazu: „Also diese Links-Rechts-Geschichte funktioniert ja an vielen Stellen nicht mehr.“ Teilnehmende berichteten von rassistischen Stereotypen, besonders gegenüber Muslim*innen, die auch von feministischen und LGBTIQ+-Akteur*innen und Communities verbreitet werden. Sie stellten sowohl auf institutioneller Ebene als auch in feministischen und LGBTIQ+-Communities fest, dass es schwierig ist, Themen rund um Intersektionalität anzusprechen. Momo, eine Diversity-Fachkraft an einer deutschen Hochschule, bemerkte, dass das Berücksichtigen von Mehrfachdiskriminierung manchmal als Bedrohung für die Errungenschaften in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter dargestellt wird. Momo hielt fest, dass einige Fachleute für Gleichstellung glaubten, dass „[...] Intersektionalität alles kaputt macht, dass Diversity alles kaputt macht [...]“. Diese Erfahrung wurde auch von SJB, einer lesbischen Aktivistin, gemacht, die zunehmend eine Ablehnung intersektionaler und trans*-inklusive Perspektiven erlebt, die zuweilen sehr gewalttätige und organisierte Formen angenommen habe. Sie machte diese Erfahrungen in weißen, cis-lesbischen Netzwerken und verortete sie in einem Generationenkonflikt. SJB hatte zudem das Gefühl, dass junge Menschen mit „ihren“ Ideen von älteren lesbischen Feministinnen abgelehnt werden.

Mehrfach diskriminierte Befragte gaben an, dass sie sich auf zwischenmenschlicher Ebene oft von ihrem Umfeld ausgegrenzt fühlten. Dieses sei nicht in der Lage oder nicht willens, ihre Erfahrungen zu verstehen. Sie erklärten, dass ihre Erfahrungen den vorherrschenden Narrativen innerhalb ihrer Communities nicht entsprächen. Insbesondere rassifizierte Teilnehmende und Migrant*innen berichteten, dass sie bestimmte soziale Umfelder mieden oder sich aus ihnen zurückzögen. Sie erzählten, dass ihre Rassismuserfahrungen oft nicht verstanden würden, selbst in feministischen und queeren Räumen:

GERINT11: Ich hatte auch teilweise so eine Phase, wo ich mir dachte, ja, ich kann nicht mit so weißen Deutschen zu tun haben, weil sie das alles nicht verstehen, also die Belastungen nicht verstehen und meine Lebenssituation überhaupt nicht nachvollziehen können.

Zusätzlich zu diesem Gefühl, nicht anerkannt zu werden, berichteten die Teilnehmenden von **Erfahrungen mit Mikroaggressionen in feministischen und LGBTIQ+-Kontexten**, die ebenfalls zu sozialem Rückzug führten. Pepe hielt fest: „(...) [I]ch habe manche weißen, queeren Bekanntschaften, jetzt zu Bekanntschaften eingestuft und nicht mehr zu Freundschaften, weil ich gemerkt habe, dass da einfach eine Empathie gefehlt hat.“

Im Zusammenhang mit diesen Erfahrungen der Ausgrenzung innerhalb der breiteren feministischen und LGBTIQ+-Gemeinschaft verwendeten die Teilnehmenden wiederholt den Begriff der ‚Bubble‘ (deutsch: Blase). Sie beschrieben damit Räume, in denen sie mit ihren verschiedenen Diskriminierungserfahrungen verstanden und anerkannt werden. In diesen Räumen fühlten sie sich nicht abgewertet oder in Frage gestellt. Hier erlebten die Teilnehmenden durch persönliche Beziehungen Nähe und Unterstützung, was ihnen half, sich weniger hilflos zu fühlen.

6. Die Teilnehmenden wurden in der Bewältigung antifeministischer und queerfeindlicher Angriffe oft allein gelassen

Teilnehmende, die aufgrund ihrer Arbeit von gezielten antifeministischen oder queerfeindlichen Angriffen betroffen waren, berichteten, dass sie kaum bis keine institutionelle Unterstützung erhielten, um die Folgen dieser Angriffe zu bewältigen.

Die Angriffe, die die Teilnehmenden erlebten, reichten von Online-Mobbing und -„Shitstorms“ über Drohungen, gezielte Medienkampagnen, Klagen, Störungen von Veranstaltungen bis hin zu körperlicher Gewalt. Betroffen waren in der deutschen Stichprobe Politiker*innen, Autor*innen, Akademiker*innen und Personen, die in der politischen Bildung tätig sind. **Die Betroffenen berichteten, dass sie meist auf private Ressourcen angewiesen waren, um mit den Folgen der Angriffe umzugehen.** Obwohl viele von ihnen berufstätig sind und die Übergriffe im Kontext ihrer Lohnarbeit erlitten, fühlten sie sich allein gelassen und berichteten von keiner oder nur sehr geringer institutioneller Unterstützung durch Arbeit- oder Geldgebende. Diese Situationen wurden als isolierend und angsteinflößend empfunden. Eine Person, die in der politischen Bildung tätig ist, beschrieb die Situation dieser mangelnden Unterstützung wie folgt:

GERINT08: [A]uf einer Baustelle würden wir alle Bauhelme tragen, (...), einfach um so wie andere auch ihre Arbeit machen zu können ohne Gefahr zu laufen, dass sie angezeigt werden und massiv viel Geld verlieren, weil dann plötzlich der Arbeitgeber nicht mehr hinter einem steht oder so (...).

Darüber hinaus berichteten die Teilnehmenden von einer omnipräsenten Angst vor körperlichen Angriffen. Sie beschrieben in diesem Kontext gemischte Erfahrungen mit der Polizei.

Lena, eine Akademikerin, berichtete von einem organisierten Online-Angriff auf ihr neues öffentlich finanziertes Forschungsprojekt. Diese Situation war eine besondere Herausforderung für sie, da sie innerhalb weniger Wochen nach Antritt ihrer neuen Stelle ein Gespräch mit ihren neuen Arbeitgebern führen musste. Obwohl die ihr direkt vorgesetzte Person verständnisvoll war, machte die Situation deutlich, dass es an ihrer neuen Arbeitsstelle keine klaren Abläufe gibt, um mit solchen Angriffen umzugehen. Es ist ein Gefühl, das von vielen Teilnehmenden mit akademischem Kontext geteilt wurde. Hochschulen wurden als langsam oder gar nicht reagierend beschrieben. Infolgedessen berichteten die Forschungsteilnehmenden, dass sie auf persönliche Ressourcen zurückgreifen mussten, um die Auswirkungen der erlebten Angriffe bewältigen zu können. **Dazu gehörte, dass sie für emotionale Unterstützung ausschließlich auf ihr persönliches Netzwerk zurückgreifen konnten und eigene finanzielle Mittel benötigten, um Sicherheitsmaßnahmen zu Hause oder Anwaltskosten zu bezahlen, selbst wenn die Angriffe als Reaktion auf ihre Arbeit erfolgten.**

Darüber hinaus berichteten verschiedene Teilnehmende, dass sie sich als Folge der Angriffe auf öffentlichen Plattformen, in den sozialen Medien oder in Veröffentlichungen zurückgezogen hätten. **Durch den Rückzug glaubten die Befragten, zukünftige Angriffe abwenden zu können.** Verschiedene Teilnehmende beschrieben, dass die erlebten antifeministischen Angriffe eine „verstummende Wirkung“ auf sie hatten, wie das folgende Beispiel verdeutlicht. GERINT08: „Ich versuche, möglichst wenig nach außen zu bringen, an Publikationen oder sowas, und überlege mir davor, mache ich das anonymisiert oder nicht. Ich mache mich selbst stumm. Das ist ein Effekt.“ Die Teilnehmenden beschrieben die Erfahrung, zu verstummen und sich zurückzuziehen als eine Notwendigkeit, um ihr psychisches Wohlbefinden zu bewahren, aber auch als eine Form der Niederlage. Die teilnehmende Person Momo merkte an, dass sie sich aus der Öffentlichkeit zurückgezogen habe, um Energie zu sparen und zu versuchen, sich auf Bereiche zu konzentrieren, in denen Momo das Gefühl hat, etwas bewirken zu können, etwa auf die ausgeführte Diversity-Arbeit an der Universität:

Also ich habe mich aus vielen öffentlichen Bereichen auf jeden Fall zurückgezogen, das hat sich ausgewirkt und habe versucht, das an Energie, was ich habe, da zu konzentrieren, wo ich glaube, dass ich einen Impact machen kann.

Die Befragten äußerten jedoch auch die Sorge, dass dieser Rückzug aufgrund zunehmender Anfeindungen die Verdrängung queerer Menschen aus dem öffentlichen Leben zur Folge hat.

Das Thema des „Alleingelassen-Werdens“ mit den Auswirkungen organisierter antifeministischer und queerfeindlicher Übergriffe zieht sich durch die Daten der Fallstudie. Teilnehmende, die als Reaktion auf ihre berufliche Tätigkeit angegriffen wurden, berichteten, dass sie wenig bis gar keine institutionelle Unterstützung erhalten hätten, um die Auswirkungen der Angriffe zu bewältigen. Dies führte dazu, dass sie nicht nur auf persönliche Ressourcen angewiesen waren, sondern auch Strategien zu ihrem persönlichen Schutz entwickelten, die dazu führten, dass sie „sich selbst zum Schweigen“ brachten.

7. Politische Bildungsinitiativen und Projekte sind Ziel von organisierten Angriffen

Teilnehmende, die im Bereich der politischen Bildung tätig sind, berichteten von verschiedenen Formen von Angriffen gegen ihre Organisationen und Projekte.

Zu den Beispielen in unserer Stichprobe gehören die Opposition gegen öffentliche Gelder in verschiedenen Parlamenten, organisierte Medien- und Online-Kontroversen, gezielte Angriffe auf Pädagog*innen im Internet sowie die Störung von Veranstaltungen vor Ort.

Mehrere Befragte berichteten, dass sie besorgt darüber seien, dass die AfD systematisch **parlamentarische Anfragen auf Landesebene nutzt, um Bildungsinitiativen ins Visier zu nehmen, die sich auf LGBTQ+-Themen oder Antifeminismus konzentrieren**. Diese Anfragen hinterfragen beispielsweise, warum solche Initiativen öffentlich gefördert werden. Laut den Befragten, die in diesem Bereich arbeiten, hätten diese parlamentarischen Anfragen zur Folge, dass die Arbeit politischer Bildungsprojekten erheblich erschwert wird:

GERFG1.4: Genau, also dieses Erschweren von Arbeitsverläufen, das Verstecken von Sachen, die eigentlich eine Zeit lang da offen stattgefunden haben und stattfinden konnten, einfach schon, damit erst gar nicht Vorwürfe kommen oder quasi befürchtete Konsequenzen kommen.

Neben gezielten parlamentarischen Anfragen gegen Projekte und Initiativen äußerten die Teilnehmenden auch Sorgen über die politische Ablehnung des Demokratiefördergesetzes. Dieses neue Gesetz zielt darauf ab, die Finanzierung von Initiativen und Bildungsarbeit gegen Extremismus, Rassismus, Sexismus und Queerfeindlichkeit (sowie andere Themen) zu stärken und zu institutionalisieren.

Neben diesen parlamentarischen Versuchen, Bildungsprojekte einzuschränken, berichteten die Interviewten, dass ihre Organisationen oder sie selbst als Vertreter*innen zum Ziel organisierter Medien- und Online-Kampagnen geworden seien. GERINT08 berichtete, wie die Verwendung des Begriffs „Patriarchat“ in einer Pressemitteilung zur Ankündigung ihres öffentlich finanzierten Bildungsprojekts zu einer medialen Kontroverse und einem Online-„Shitstorm“ führte. Lena, die für ein Online-Bildungsprojekt zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt für junge Menschen arbeitet, wurde von großen Twitter/X-Accounts angegriffen, die sie selbst als antifeministisch und/oder queerfeindlich einordneten. Diese Accounts verbreiteten Verschwörungstheorien in Bezug auf ihre Unterstützung von trans* Kindern und beschuldigten sie, persönlich medizinische Behandlungen an Kindern durchzuführen.

Die Teilnehmenden berichteten auch über organisierte Störungen von Veranstaltungen. Mehrere Befragte hatten erlebt, dass Antifeminist*innen von ihnen geleitete Workshops strategisch gestört haben, wobei diese zunächst vorgegeben hatten, interessierte Zuhörende zu sein. GERINT08 schilderte einen solchen Vorfall:

Und ein Teilnehmer war im Seminar, der, als wir davon gesprochen haben, was Antifeminismus ist, der das Ganze abgesprochen hat, der auch eine trans* Person im Raum abgesprochen hat, das Transsein und so weiter. Und das war sozusagen eine Art und Weise zu argumentieren dagegen, dass es das gibt und auch nicht nur auf dieser Ebene von „arbeite ich mal eben an der Seminarleitung ab“, sondern das ist sozusagen ein Move, eine klare Argumentation anzuwenden,

die wir kennen (...) Also ich habe dann eine klare Grenzziehung gemacht und der Mensch ist danach einfach, also hat gesagt: „Ich wollte eh gehen, ich gehe jetzt.“ Und das haben wir auch schon an anderer Stelle erlebt. Also sie kommen dann, platzieren ihre antifeministischen Aussagen und wenn sie das getan haben und merken, sie stoßen nicht auf ein breites Publikum, das mit ihnen das gemeinsam macht, sondern haben in dieser Seminargruppe keine Anhänger*innenschaft, dann ziehen sie dann ab.

Die Befragten haben mehrere Strategien, um solch gezielte Störaktionen zu vermeiden. Eine Befragte berichtete, dass sie bei Gastvorträgen oder Seminaren bewusst darauf verzichte, diese in den sozialen Medien anzukündigen. Wenn sie mit ihrem Jugend-LGBTIQ+-Projekt an Pride-Events teilnimmt, postet sie dies erst am selben Tag der Veranstaltung in den sozialen Medien, um organisierte Proteste zu vermeiden.

Befragte, die in der politischen Bildung tätig sind, gaben an, dass **sie Solidarität und Unterstützung unter Kolleg*innen und gleichgesinnten Menschen finden, die sich gegen Antifeminismus engagieren**. Sie erhalten auch Unterstützung von den Communities und Interessengruppen, mit denen sie zusammenarbeiten und die für die Schulungen und Einblicke, die sie erhalten, dankbar sind.

8. Antifeministische Angriffe bedrohen die akademische Freiheit: An den Universitäten fehlen Prozesse zur Unterstützung von betroffenen Akademiker*innen

*Die Teilnehmenden berichteten von gezielten antifeministischen Angriffen auf Wissenschaftler*innen der Gender Studies, die die akademische Reichweite und das Wohlbefinden der Teilnehmenden einschränken und die demokratische Kultur an den Hochschulen beeinträchtigen. Die Daten aus unseren Interviews zeigen, dass es an den Universitäten in Deutschland und anderen europäischen Ländern an Strategien und Verfahren mangelt, um mit gezielten Anfeindungen gegen Wissenschaftler*innen umzugehen sowie um die betroffenen Personen und die demokratische institutionelle Kultur zu schützen.*

Wissenschaftler*innen der Gender Studies in dieser Stichprobe berichteten von gezielten Angriffen auf ihre Forschungsprojekte, auf sich selbst als Forschende und auf ihre Wissenstransfer-Projekte. Die Befragten zählten Klagen gegen sie auf, Angriffe durch große Social-Media-Accounts sowie Veröffentlichungen in Medien, die der extremen Rechten angehören. Im Rahmen dieser Angriffe wurden die betroffenen Forschenden für ihre Arbeit mit Gender Studies verspottet und ihre Forschung wurde als „unwissenschaftlich“ bezeichnet. **Die Teilnehmenden berichteten, dass sie sowohl von Akteur/innen außerhalb als auch innerhalb der Wissenschaft angegriffen worden sind**. Der ideologische Kampf gegen die Geschlechterforschung werde teilweise von Akteur/innen aus den Naturwissenschaften und der quantitativen Sozialwissenschaft geführt.

Akademiker*innen, die sich öffentlich für Dialog und demokratische Debatten an Universitäten einsetzen, sind anfällig für Mobilisierungen gegen sie. Die Befragte Luise berichtete, dass sie ins Visier genommen worden sei, nachdem sie öffentlich eine Veranstaltung kritisiert hatte, die von ihrem ehemaligen Arbeitgeber, einer Universität in einem anderen EU-Land, organisiert worden war. Der dafür eingeladene Gastredner war international bekannt für seine Ablehnung von trans* Rechten und seine antifeministischen Ansichten. Sie hatte einen offenen Brief mitverfasst, der forderte, dass die Veranstaltung auch eine*n Redner*in einschließen solle, der*die diesen Ansichten widerspricht. Der prominente Redner veröffentlichte daraufhin die Namen der Autor*innen dieses offenen Briefes auf seiner Website; zudem wurde die Geschichte von lokalen rechtsgerichteten Medien aufgegriffen. Dies führte zu Briefen und Drohungen, sodass die Polizei eingeschaltet werden musste, um Luise und ihre Kolleg*innen zu schützen. Die Universität stellte sich hinter den prominenten Redner und Luise hatte das Gefühl, dass man sich nicht einmal mit der Kritik von ihr und ihren Kolleg*innen auseinandergesetzt hatte. Dies löste Angst und Hilflosigkeit in ihr aus, wie dem folgenden Zitat zu entnehmen ist: „Es war schlimm, und da habe ich noch

meine Doktorarbeit geschrieben, also ich war auch noch am Anfang meiner Forschungskarriere, sag ich mal, und das hat mich irgendwie total verschreckt. Ja.“

Viele der Befragten berichteten, **dass sie sich aus der Wissenschaftskommunikation zurückgezogen hätten**, nachdem sie zuvor Angriffe erlebt hatten oder aus Angst vor weiteren Angriffen. Dies ist problematisch, da die befragten Wissenschaftler*innen interdisziplinären Dialog und öffentliche Debatten als zentrale Strategien sehen, um Angriffen auf die Gender Studies sowohl von außen als auch innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinschaft entgegenzuwirken. GERINT01, die ein Zentrum für Gender Studies leitet, setzt sich für interdisziplinäre Projekte zwischen Gender Studies, Biologie, Medizin und Psychologie ein, um über Biologismen hinauszugehen. Diese werden oft als Grundlage genutzt, um die Gender Studies innerhalb und außerhalb der Wissenschaft zu diskreditieren. Darüber hinaus betrachteten alle befragten Wissenschaftler*innen die öffentliche Auseinandersetzung als eine ihrer Pflichten und als wichtigen Beitrag, um antifeministischen und queerfeindlichen Darstellungen in der Gesellschaft entgegenzuwirken.

Die Teilnehmenden berichteten, dass Akademiker*innen, die zum Thema ‚Gender‘ arbeiten oder sich öffentlich für demokratische Debatten einsetzen, zunehmend zum Ziel organisierter Angriffe geworden seien. Dies wirkt sich negativ auf ihre Möglichkeiten aus, wissenschaftliche Erkenntnisse zu vermitteln und Wirkung zu erzielen. Die Angriffe wurden von den Teilnehmenden zudem als Bedrohung für die akademische Freiheit gesehen. In unserer Stichprobe wurde deutlich, dass es an deutschen Universitäten oft an Verfahren und Unterstützung für betroffene Wissenschaftler*innen fehlt. Ein stärkeres Bewusstsein in den Institutionen sowie langfristige Maßnahmen für Gleichstellung und Antidiskriminierung wurden als wichtige Mittel gegen Antifeminismus und Angriffe auf die Gender Studies genannt.

Alle Teilnehmenden aus dem akademischen Bereich wünschten sich, dass sich Universitäten und Hochschulen institutionell für antifeministische und LGBTQI+-feindliche Angriffe sensibilisieren. GERINT01 erwähnte, dass ihre Hochschulleitung Maßnahmen ergreife, um die Universität vielfältiger und inklusiver zu gestalten, was sie als wichtigen Schutz gegen antifeministische Angriffe betrachtet. Einige Wissenschaftler*innen berichteten, dass ihre Erfahrungen ihre Institutionen dazu veranlassten, neue Prozesse zu entwickeln, um sich besser gegen künftige Angriffe zu schützen. Nachdem die Teilnehmende Ute wegen eines Forschungsprojekts angegriffen worden war, lud ihre Universität sie als Zeichen der Solidarität dazu ein, einen Vortrag zum Thema zu halten.

Die Teilnehmenden sprachen sich für Verfahren und Maßnahmen im Umgang mit gezielten Angriffen auf Wissenschaftler*innen aus und unterstützten ihre Institutionen dabei, solche Prozesse zu schaffen. Sie betonten, dass solche Richtlinien, die die akademische Freiheit sichern, neben Gleichstellungs- und Diversitätsstrategien wichtig seien, damit die Freiheit der Wissenschaft nicht gegen Minderheiten missbraucht wird.

9. Die Teilnehmenden engagieren sich für politische Bildung, den demokratischen Dialog und positive Sichtbarkeit, um die Gesellschaft widerstandsfähiger zu machen

Die Mehrheitsgesellschaft wird als wichtiger Ansprechpartner in der Arbeit gegen Antifeminismus und Queerfeindlichkeit gesehen.

Die Teilnehmenden betonten, dass der öffentliche Dialog ein wichtiger Weg sei, um die breite Gesellschaft in umstrittene Themen einzubeziehen. Sie sahen die Vermittlung von wissenschaftlichen Inhalten, politischer Bildung und positiven Mediendarstellungen als Mittel, um einen gesellschaftlichen Austausch zu schaffen. Einige nannten auch Konfrontation, wie zum Beispiel in Form von Protesten, als wichtigen und legitimen Weg, um öffentliche Aufmerksamkeit zu gewinnen. Dadurch könne man über Themen sprechen, die zuvor ignoriert wurden. Allerdings hoben die Teilnehmenden hervor, dass der öffentliche Dialog auf eine Weise stattfinden müsse, die für Minderheiten sicher ist. Die erwähnte

feindselige Sichtbarkeit und die Angriffe führten dazu, dass viele Teilnehmende sich aus der Öffentlichkeit zurückgezogen haben. Für einige trans* Aktivist*innen war es ein Akt des Trotzes, dennoch öffentlich sichtbar zu bleiben. Ältere Aktivist*innen argumentierten zudem, dass sie sichtbar bleiben müssten, um jüngere trans* Menschen zu unterstützen. Dennoch wurde die Sichtbarkeit in einem feindseligen Klima als sehr zwiespältig wahrgenommen, wie das folgende Zitat unserer Teilnehmerin Josephine verdeutlicht:

Das ist so dieses, wer sagt es, wenn nicht ich? Und wenn ich hier weggehe und diese Regenbogenflagge nicht mehr hochhalte, tut's sonst niemand. Das zwingt mich in diese Kommunikation, das finde ich manchmal echt schwierig.

Das zeigt, dass Minderheiten ihre Sicherheit und ihr Wohlbefinden abwägen, wenn sie am öffentlichen Dialog teilnehmen.

Die befragten Akademiker*innen waren in der öffentlichen Bildung zu queeren Themen aktiv und sahen dieses Engagement als Teil ihrer beruflichen Rolle, auch wenn es mit Risiken verbunden ist. **Personen, die im Bereich der politischen Bildung tätig sind, betonten, dass ihre Fähigkeit, Widerstand zu leisten, von politischen und institutionellen Verpflichtungen abhängt**, insbesondere angesichts der finanziellen Ressourcen, auf die antifeministische Akteur*innen Zugriff haben. Zu den Bildungsaktivitäten, an denen die befragten Personen beteiligt waren, gehörten Projekte in Schulen sowie kostenlose Workshops und Veranstaltungen für die allgemeine Öffentlichkeit. Da gender-inklusive Sprache in Deutschland ein wichtiges Thema politischer Auseinandersetzungen bleibt, gaben verschiedene Befragte an, dass sie versuchen, die breite Gesellschaft auf eine zugängliche und nicht abweisende Art einzubeziehen, um den ideologischen Angriffen gegen gender-inklusive Sprache entgegenzuwirken.

Während politische Bildung von den Teilnehmenden genutzt wird, um sich vor ideologischen, antifeministischen und queerfeindlichen Mobilisierungen zu schützen, äußerten die Befragten auch, dass sie sich bei medialen Kontroversen, die sich gegen Minderheiten richten, oft hilflos fühlten. Die Teilnehmenden waren geteilter Meinung darüber, was Sichtbarkeit für Minderheiten bedeutet. Während einige die Notwendigkeit betonten, der breiten Gesellschaft zu zeigen, dass es sich bei Minderheiten um „normale“ und nicht um „radikale“ Aktivist*innen handelt, hielten andere den sichtbaren Protest für ein wichtiges Mittel, um Aufmerksamkeit für Themen zu erlangen, die sonst nicht aufgegriffen werden.

10. Zusammenarbeit, Gemeinschaft und Solidarität sind wichtig für die Resilienz

Community Building, gegenseitige Unterstützung und Solidarität wurden als Schlüsselpraktiken gegen Antifeminismus und Queerfeindlichkeit genannt.

Verschiedene Teilnehmende sprachen von der Erleichterung, sich in ihre Communities oder ‚Bubbles‘ zurückziehen zu können, wo ihre Identitäten, Erfahrungen und Werte nicht zur Debatte stehen und sie nicht mit einer Unsichtbarmachung und Ausradierung konfrontiert sind. Andere argumentierten, dass die Zusammenarbeit und das Bilden von Koalitionen wichtig sei, und stellten fest, dass angesichts der Bedrohung durch die extreme Rechte immer mehr Menschen bereit seien, politischen Widerstand zu leisten.

Für die Bewältigung von Angriffen, Feindseligkeit und Angst wurden Communities als besonders wichtig erachtet. Die Möglichkeit, sich mit anderen auszutauschen, die von den gleichen Arten von Gewalt betroffen sind, wurde als eine bedeutende Form der Unterstützung angesehen. Veranschaulicht wird dies von Lena, einer Teilnehmerin, die immer wieder Zielscheibe von großen antifeministischen Social-Media-Accounts war:

Ich glaube, das Wichtigste war der Austausch mit Menschen, denen das auch passiert ist, und ich habe relativ lange gebraucht, um Menschen zu finden, die auch ein ähnliches Level an dem erlebt

haben, was ich erlebt habe, weil es ist, würde ich sagen, schon nochmal ein Unterschied, ob man so einmal eine Hassnachricht bekommt oder ob man die über Jahre hinweg immer wieder wellenhaft bekommt.

Andere betonten, dass diese gemeinsamen Erfahrungen und Gefühle ein Beispiel für Solidarität seien. Rosa: „Ich fühl Solidarität immer dann, also, wenn man das Gefühl hat, man ist im gleichen Wutgefühl, im gleichen Widerstandsgefühl, also, ich finde Wut ist ja auch was Gutes.“ Community-Arbeit und der Aufbau von Netzwerken wurden dabei von den Befragten nicht nur als Mittel gesehen, um mit anderen Menschen in Kontakt zu treten, die ihre Erfahrungen teilen; einige schätzten auch ihre Rolle bzw. ihre Aufgabe, in der sie anderen Mitgliedern ihrer Community Trost spenden. Josephine sagte dazu: „Ich habe einen Titel bekommen, verdient, von meinen Schützlingen. Ich bin die Mut-Schenkerin.“

Zusammenarbeit, das Bilden von Koalitionen und die Solidarität innerhalb der queeren Community und mit anderen marginalisierten Gruppen wurden ebenfalls als eine Form des Widerstands thematisiert. In professionellen Kontexten erwähnten die Befragten, dass das Teilen von Ressourcen die Widerstandsfähigkeit stärke. Die Teilnehmenden betonten dabei die Rolle von informellen, institutionsübergreifenden Netzwerken. Der Aufbau von Koalitionen wurde ergänzend als wichtige Strategie genannt. Sie sprachen auch über die Gefahr von Spaltungen innerhalb der Community, die sich häufig im Zusammenhang mit mehrfachen Marginalisierungen oder isolierten Gruppen, die unterrepräsentiert sind, ergäben. Eine Solidaritätspolitik mit anderen Minderheiten, die in ihrer Selbstbestimmung eingeschränkt sind, wie Migrant*innen, People of Colour oder Menschen mit Behinderungen, wurde als wünschenswert erachtet. Mehrere Teilnehmende wiesen zudem darauf hin, dass insbesondere die LGBTIQ+-Community weiterhin Schwierigkeiten habe, den Themen von migrantisierten sowie rassifizierten Personen mehr Raum zu geben.¹⁴

Die Befragten erwähnten, **dass sie die Solidarität und den Zusammenhalt der feministischen und LGBTIQ+-Community durch einen zunehmend feindseligen Ton und Misstrauen gefährdet sähen.** Sie verwiesen auf Machtverhältnisse innerhalb ihrer Communities sowie auf politische Spaltungen als Gründe dafür. Eine trans* Teilnehmerin sagte, sie habe mehr Angriffe aus der trans* Community selbst als von der extremen Rechten erlebt, was ihr zeige, wie gespalten diese Community ist, und dass dies jüngst durch die Debatte um das Selbstbestimmungsgesetz noch verschärft wurde. Die Teilnehmenden betonten, dass die Community zusammenarbeiten sollte, beispielsweise, um sicherzustellen, dass eine geschlechtsangleichende Behandlung von nicht-binären Menschen durch die Krankenversicherung finanziert wird. Dies ist bis anhin nicht der Fall und hat zu Feindseligkeiten gegenüber trans* Menschen geführt, für die das bereits möglich ist.

Solidarität innerhalb von Communities oder ‚Bubbles‘, in denen sich die Teilnehmenden in ihren Erfahrungen bestätigt fühlen, wurde als wichtig erachtet, um sowohl Angriffe als auch ein zunehmend feindseliges politisches Klima zu entschärfen. **Koalitionspolitik, einschließlich der gemeinsamen Nutzung von Ressourcen, wurde als Strategie vorgeschlagen, um weniger starke oder sichtbare Gruppen zu unterstützen.** Die Teilnehmenden beobachteten jedoch auch ein mangelndes Verständnis für die Positionen weniger sichtbarer und mehrfach marginalisierter Gruppen sowie gezielte Angriffe innerhalb der Community und einen zunehmend feindseligen Ton, der ein kollektives politisches Handeln gefährdet.

¹⁴ Dieser Begriff wird als Alternative zum Begriff ‚Migrationshintergrund‘ verwendet, der als verallgemeinernd und homogenisierend kritisiert wurde. Migrantisiert kennzeichnet die negativen Zuschreibungen gegenüber Migrant*innen und Menschen, die als solche wahrgenommen werden. In der DACH-Region hilft der Begriff auch, die spezifischen Erfahrungen von Menschen mit Migrationserfahrungen oder -geschichten (oder auf sie übertragene Geschichten) aus Südeuropa, Osteuropa und Russland sichtbar zu machen, während rassifiziert sich auf Personen bezieht, die von postkolonialem Rassismus betroffen sind.

Fazit

Die Ablehnung des Begriffs ‚Gender‘ wurde von den Teilnehmenden hauptsächlich mit den sogenannten ‚Genderverboten‘ in Bayern und Hessen in Verbindung gebracht, die die Verwendung einer gender-inklusiven Sprache im öffentlichen Sektor untersagen. Zudem wurden in diesem Zusammenhang auch Debatten über die Identitäten geschlechtlicher Minderheiten genannt. Diese Auseinandersetzungen wurden von den Teilnehmenden als Ausdruck von Antifeminismus und Queerfeindlichkeit gesehen. Sie wurden dabei aber nicht nur als absichtliche, ideologische, politisch organisierte oder gezielte Handlungen verstanden, sondern auch als strukturell verankert beschrieben. Dieser strukturelle Charakter von Antifeminismus und Queerfeindlichkeit wurde mit der deutschen Gesetzgebung in Verbindung gebracht, etwa mit der Kriminalisierung von Abtreibungen, aber auch mit einer institutionellen Unsichtbarmachung, beispielsweise, wenn staatliche Einrichtungen das rechtlich anerkannte Geschlecht ‚divers‘ einiger Teilnehmer*innen ignorierten. Darüber hinaus wurden Ablehnung und Gleichgültigkeit gegenüber feministischen und LGBTIQ+-Themen von den Teilnehmenden als Mikroaggressionen wahrgenommen. Die Teilnehmenden äußerten ihre Sorgen darüber, dass die breite Gesellschaft aufgrund von „Ignoranz“ und einem Mangel an Bewusstsein, insbesondere für LGBTIQ+-Themen, anfällig für konservative und rechtsextreme Mobilisierungen sei. Sie waren der Meinung, dass die jüngsten rechtlichen Errungenschaften und die Sichtbarkeit, die durch eine gender-inklusive Sprache verkörpert wird, große Teile der Gesellschaft entfremdet hätten. Diese würden sich nun unsicher fühlen, wie sie über Minderheiten sprechen oder sich ihnen gegenüber verhalten sollen. Diese Unsicherheit wird als gefährlich angesehen, weil sie zu Widerständen bzw. Ablehnung führen kann, wie etwa zu der Vorstellung, dass „die Gleichstellung zu weit gegangen ist“, oder dass die Forderungen der betroffenen Minderheiten überzogen seien.

Die Teilnehmenden sind besorgt über den Aufstieg der extremen Rechten und insbesondere über die Wahlerfolge der AfD. Trans* Teilnehmende, die mehrfach marginalisiert sind, äußerten, dass sie eine Auswanderung in Betracht zögen, sollte eine extrem rechte Partei in die Regierung gelangen. Auch die zunehmende Verbreitung extrem rechter Politik wurde als besorgniserregend angesehen, insbesondere seit den ‚Genderverboten‘ in den Bundesländern Bayern und Hessen. Darüber hinaus berichteten trans* Minderheiten von einer immer feindseligeren Sichtbarkeit, die sie mit der Debatte vor dem Inkrafttreten des Selbstbestimmungsgesetzes 2024 in Verbindung brachten. Die Sichtbarkeit von trans* Personen wurde als ambivalent wahrgenommen: Zwar hätten sich neue Möglichkeiten eröffnet, doch auch die Gewalt gegen trans* Minderheiten habe sich verschärft. Darüber hinaus fühlten sich Befragte, die in mehrfacher Hinsicht marginalisiert sind, durch Antifeminismus und Queerfeindlichkeit besonders gefährdet. Sie berichteten, dass sie sich in Communities zurückzögen, in denen sie keine Unsichtbarmachung und Ausradierung, sondern Anerkennung erfahren.

Verschiedene Befragte berichteten von Angriffen aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit oder ihres ehrenamtlichen Engagements. Die Betroffenen arbeiten u.a. in der Wissenschaft, in Projekten der politischen Bildung und in der Schwangerschaftskonfliktberatung. Oft fühlten sie sich allein im Umgang mit den Folgen der Angriffe, selbst wenn diese im Rahmen ihrer Anstellung stattfanden. Die Teilnehmenden mussten auf persönlichen Ressourcen zurückgreifen, um solche Angriffe verarbeiten zu können. Einige erlebten physische Angriffe oder wurden rechtlich belangt. Was sich durch die Daten zog, war die Enttäuschung über den Mangel an institutioneller Unterstützung, die sie in solchen Situationen von Arbeitgebenden oder Geldgebenden erhielten. Politische Bildungsprojekte sowie Akademiker*innen erwiesen sich als besonders anfällig für Angriffe. Übergriffe auf Akademiker*innen wurden als Bedrohung für die akademische Freiheit angesehen und führten häufig dazu, dass sich Forschende aus der Wissenschaftskommunikation zurückzogen. Dies, obwohl sich alle dafür einsetzten, einen faktenbasierten öffentlichen Dialog zu ermöglichen. Dieser kann ihres Erachtens auch dazu beitragen, die Gesellschaft vor politischen Mobilisierungen zu schützen, die Minderheiten missbrauchen. Es wurde festgestellt, dass es den

Universitäten an Verfahren und Strategien zum Schutz von Wissenschaftler*innen mangelt, die durch Übergriffe gefährdet sind.

Die Teilnehmenden berichteten von Engagements im öffentlichen Dialog sowie von Bildungsangeboten und schufen, wo immer möglich, Sichtbarkeiten, die sie als sicher empfanden. Besonders betonten sie die Rolle und das Potenzial von politischer und ziviler Bildung, um gegen Antifeminismus und LGBTIQ+-Feindlichkeit vorzugehen. Positive Sichtbarkeit wurde als wichtig erachtet, um negativen Bildern entgegenzuwirken, die uninformierte Teile der Gesellschaft leicht beeinflussen könnten. Koalitionspolitik und eine Politik der Solidarität wurden von den Befragten ebenfalls als wichtig erachtet. Mehrfache Marginalisierung, Ausradierung, fehlende positive Sichtbarkeit, interne politische Spaltungen und ein zunehmend feindseliger Ton wurden als Bedrohung für den Zusammenhalt der queeren Community angesehen. Dennoch wurden Communities als entscheidend angesehen, um ein feindliches politisches Klima sowie Erfahrungen mit Antifeminismus und Queerfeindlichkeit zu verarbeiten. In Räumen zu sein, in denen Erfahrungen und Identitäten anerkannt und nicht in Frage gestellt werden, wurde von den Teilnehmenden als wichtig empfunden.

Die Daten dieser Fallstudie heben weitere relevante Forschungsbereiche hervor. Dazu gehören empirische Untersuchungen zu Dialog und Konfliktlösung innerhalb der LGBTIQ+ -Communities sowie zu Hindernissen der community-internen Solidarität und zu übergreifenden Politiken. Es wird auch deutlich, dass ein besseres Verständnis für die alltäglichen Erfahrungen von mehrfach marginalisierten feministischen und LGBTIQ+-Personen im Community-Kontext notwendig ist.

Zusammensetzung der deutschen Stichprobe

Die Daten für die Beschreibung der Stichprobe wurden aus den freiwilligen demografischen Formularen der Teilnehmenden zusammengestellt. Insgesamt 21 von 24 Befragten haben das Formular ausgefüllt und zurückgeschickt.

Tabelle 1: Zusammensetzung der deutschen Stichprobe

Kategorie	Anzahl der Antworten	Beschreibung des Samples
Altersgruppen	20	Die Stichprobe ist über alle befragten Altersgruppen verteilt, wobei drei Viertel der Teilnehmenden (18 von 24) zwischen 25 und 64 Jahre alt sind. Nur eine teilnehmende Person war jünger als 25 und nur eine Person war älter als 65 Jahre. Vier Personen haben diese Frage nicht beantwortet.
Geschlechtsidentität	21	Der größte Anteil der Stichprobe bestand aus cis Personen (10 von 24), wobei insgesamt fünf trans* Personen in der Stichprobe vertreten waren. Zwei nicht-binäre Personen, zwei inter* Personen, eine inter*-nicht-binäre Person und eine genderfluid-weibliche Person wurden ebenfalls befragt. Drei Personen haben diese Frage nicht beantwortet.
Sexuelle Identität	21	Was die sexuelle Identität betrifft, so bezeichnete sich etwa ein Viertel der Befragten selbst als queer (7 von 24). Ein ähnlich großer Anteil der Befragten bezeichnete sich als heterosexuell (5 von 24). Neun von 24 Personen gaben eine andere sexuelle Identität an (lesbisch, bisexuell, pansexuell, bi-lesbisch, hetero-lesbisch). Drei Personen haben diese Frage nicht beantwortet.
Herkunft	16	Etwa die Hälfte der Teilnehmenden gab Deutschland als ihr Herkunftsland an (11 von 24), nur fünf Personen nannten ein anderes Herkunftsland (Indien, Österreich, Russland, Spanien, Türkei). Acht Personen haben diese Frage nicht beantwortet.
Land des Wohnsitzes	21	Wie zu erwarten, gab die überwiegende Mehrheit der Stichprobe (20 von 24) Deutschland als ihr derzeitiges Land des aktuellen Wohnsitzes an. Nur eine Person gab Österreich an. Drei Personen haben diese Frage nicht beantwortet.
Identität in Bezug auf Race/Ethnizität	17	Die Hälfte der Stichprobe beantwortete diese Frage mit ‚weiß‘ (13 von 24), vier Personen gaben eine andere Antwort (weiß-hispanisch, deutsch mit indischem Hintergrund, PoC, russisch). Etwa ein Drittel der Stichprobe (7 von 24) gab keine Antwort auf diese Frage.

Nationale Identität	17	Etwa die Hälfte der Stichprobe (12 von 24) gab ‚deutsch‘ als ihre nationale Identität an, drei Personen gaben etwas anderes an (deutsch mit indischem Hintergrund, deutsch-türkisch, spanisch) und zwei Personen gaben an, keine nationale Identität zu haben. Etwa ein Drittel der Stichprobe (7 von 24) hat diese Frage nicht beantwortet.
Bildungsabschluss	20	Zwei Drittel der Stichprobe (16 von 24) gaben an, einen Hochschulabschluss zu haben (Hochschulabschluss ohne nähere Definition (2), Bachelor-Abschluss (2), Master-Abschluss (7), Promotion (5)). Nur vier Personen gaben einen anderen Bildungsabschluss an (Fachhochschulreife, Diplom, Abitur). Vier Personen haben diese Frage nicht beantwortet.
Religion	16	Insgesamt gaben nur fünf von 24 Personen an, eine Religion zu haben (katholisch, evangelisch, christlich). Weitere vier gaben an, atheistisch zu sein. Zwei Personen bezeichneten sich als agnostisch, fünf Personen gaben an, keine Religion zu haben, und acht Personen gaben keine Antwort auf diese Frage.
Soziale Klasse	17	Etwa die Hälfte der Stichprobe (14 von 24) ordnet sich selbst der (oberen) Mittelschicht zu. Eine Person stuft sich als bürgerlich ein, zwei Personen ordnen sich der Arbeiterklasse zu und etwa ein Drittel der Stichprobe (7 von 24) hat diese Frage nicht beantwortet.
Siedlungstyp	21	Die überwiegende Mehrheit der Stichprobe lebt in einer Großstadt (19 von 24), nur zwei Personen leben in einer mittelgroßen Stadt und drei Personen haben keine Antwort auf diese Frage gegeben.
Krankheit	19	Zehn von 24 Personen gaben an, dass sie mit einer Krankheit leben, neun Personen antworteten mit ‚nein‘ und fünf Personen beantworteten diese Frage nicht.
Behinderung	20	Sechs von 24 Personen gaben an, dass sie mit einer Behinderung leben, 14 Personen antworteten mit ‚nein‘ und vier Personen gaben keine Antwort.